5 DY24/23448

Kommuniqué

Über den Besuch einer Delegation des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD unter Leitung des Vorsitzenden, Michael Guggemos, vom 14. - 17. Oktober 1986 in der DDR

Auf Einladung des Zentralrates der FDJ besuchte eine Delegation des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD vom 14. - 17. Oktober 1986 die DDR. Sie stand unter Leitung des Bundesvorsitzenden Michael Guggemos. Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, empfing die Delegation zu einem Gespräch.

Eberhard Aurich, 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, und weitere Mitglieder des Sekretariats führten mit der Delegation der Jusos einen ausführlichen Meinungsaustausch über das aktuelle Weltgeschehen, die Zusammenarbeit von Jugend- und Studentenorganisationen und über bilaterale Kontakte. Im Mittelpunkt der Gespräche stand das Wirken beider Jugendorganisationen für die Erhaltung des Friedens. Beide Seiten stellten fest, daß es zum friedlichen Nebeneinander von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung keine Alternative gibt und daß Sicherheit im Atomzeitalter nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander gewährleistet werden kann. Frieden und internationale Sicherheit können nicht mehr mit militärischen Mitteln erreicht, sondern nur noch politisch gesichert werden. FDJ und Jusos bekräftigten ihre Überzeugung, daß mehr Waffen nicht mehr Sicherheit bringen. Notwendig sei eine neue Phase der Entspannungspolitik auf der Grundlage der Sicherheitspartnerschaft. Es sei für das Überleben der Menschheit notwendig, das atomare und konventionelle Wettrüsten auf der Erde zu beenden und seine Ausdehnung auf den Weltraum zu verhindern. Die Gefahr eines nuklearen Infernos müsse durch umfassende Reduzierung aller Arten von Waffen und einen nuklearen Teststopp vermindert werden.

FDJ und Jusos werteten das Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Reykjavik als Beweis für die Möglichkeit, aber auch die Kompliziertheit, weitreichende Abrüstungsvereinbarungen abzuschließen. Die starre Haltung der USA hinsichtlich des SDI-Projektes müsse sich ändern. Der ABM-Vertrag muß strikt eingehalten und verstärkt werden.

Die 50%ige Reduzierung der strategischen Kernwaffen, die Beseitigung aller Mittelstreckenwaffen in der europäischen Zone und die ausgewogene Beschränkung der Sprengköpfe von Mittelstreckenwaffen im asiatischen Teil der Sowjetunion und in den USA einschließlich der dazu nötigen Kontrollmaßnahmen wären für alle Völker vorteilhaft.

Jetzt komme es erst recht darauf an, in Europa für konkrete Abrüstungsschritte zu kämpfen. Ein Abbau und die vollständige Beseitigung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen (Pershing II und Cruise Missiles) und der entsprechenden sowjetischen Waffen in der europäischen Zone, einschließlich der in der DDR und CSSR im Gegenzug stationierten nuklearen Waffen, ist erforderlich.

Mit Genugtuung stellten die Gesprächspartner fest, daß die Bewegung für Frieden, Abrüstung und Entspannung immer breiter werde. Ausdruck dafür seien die Dokumente des Treffens der nichtpaktgebundenen Staaten in Harare, der "Appell von Mexiko" der Sechs-Staaten-Initiative und Großdemonstrationen, wie die der Friedensbewegung der BRD am 11. 10. 1986 bei Hasselbach. Die Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa habe gezeigt, daß bei entsprechendem politischen Willen auf allen Seiten Fortschritte im KSZE-Prozeß erreicht werden können.

Beide Seiten unterstrichen die historische Verantwortung beider deutscher Staaten, alles dafür zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgeht.

Sie begrüßten den von der SED und der SPD erarbeiteten "Rahmen für die Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa" sowie die Gespräche beider Parteien über Möglichkeiten zur Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa.

Beide Organisationen vereinbarten die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die gemeinsame Friedensinitiativen für die Gesamteuropäische Jugend- und Studentenstruktur für das nächste Konsultativtreffen erarbeiten soll.

Eberhard Aurich lud die Jusos ein, sich aktiv an einem Internationalen Friedensseminar der Jugend 1987 in der DDR zu beteiligen. Die Einladung wurde angenommen. FDJ und Jusos drückten ihre Erwartung aus, daß es bei dem Seminar zu einem offenen, konstruktiven und gleichberechtigten Dialog über Frieden und Zusammenarbeit kommt.

Sie bekräftigten ihren Standpunkt, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden seien.
Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD müßten auf der Basis des Grundlagenvertrages weiter normalisiert werden. Sie sprachen sich für offizielle Beziehungen zwischen der Volkskammer der DDR und dem Deutschen Bundestag aus. Sie forderten die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung, die vertragliche Festlegung des Grenzverlaufs zwischen Lauenburg und Schnackenburg in der Elbmitte, die Auflösung der "Erfassungsstelle" in Salzgitter und die Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider Staaten in Botschaften. All das würde sich auch günstig auf die Entwicklung der Zusammenarbeit von Jugendorganisationen und den Jugendaustausch sowie auf den Umfang und die Qualität des beiderseitigen Reiseverkehrs auswirken.

FDJ und Jusos vereinbarten, weitere Gliederungen ihrer Verbände, darunter auch die Jungsozialisten, Landesverband Berlin (West), in den politischen und touristischen Jugendaustausch einzubeziehen.

Beide Seiten bekräftigten ihre aktive antiimperialistische Solidarität mit allen um ihre nationale und soziale Befreiung, für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern.
Ihre Unterstützung gilt besonders den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, dem ANC und der SWAPO. Beide Organisationen helfen aktiv dem Volk und der Jugend Nikaraguas beim friedlichen Aufbau des Landes. Sie informierten sich über ihre jeweiligen Projekte. Sie wenden sich gegen die US-amerikanische Unterstützung für die konterrevolutionären Kräfte.

Ausführlich berieten FDJ und Jusos Fragen der Vorbereitung und Durchführung von Weltfestspielen. Ausgehend vom Ablauf und den Ergebnissen der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1985 in Moskau sprachen sie sich für einen alle interessierenden Kräfte umfassenden Dialog aus. Beide Seiten begrüßen die Einberufung eines internationalen Treffens Anfang November 1986 in Moskau zur ausschließlichen Auswertung der politischen Ergebnisse der XII. Weltfestspiele 1985. Die erreichte politische Breite und Diskussionsvielfalt in der Zusammenarbeit von Jugendorganisationen unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und religiöser Überzeugung für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft darf nicht verringert, sondern muß ausgebaut werden. Das erreichte Entwicklungsniveau erfordert heute ein Herangehen an die Vorbereitung und Durchführung von Weltfestspielen, das vor Entscheidungen über Inhalte, Ablauf, Zeitpunkt und Ort eine volle Übereinstimmung aller am Weltfestspielprozeß Beteiligten zum Ziel hat.

Im Ergebnis ihrer Gespräche vereinbarten der Zentralrat der FDJ und der Bundesvorstand der Jusos, ihre Zusammenarbeit kontinuierlich fortzusetzen. Vorgesehen sind Seminare zu den Themen Frieden, Abrüstung und Entspannung, zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt, zur Umwelt- und Energiepolitik sowie zu weiteren Aufgaben beider Organisationen.

Vereinbart wurde ein gemeinsames Seminar von FDJ und Arbeitskreis Hochschulpolitik der Jusos.

Michael Guggemos dankte für die herzliche Gastfreundschaft der FDJ und lud den 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Eberhard Aurich, zu einem Besuch in die BRD ein. Die Einladung wurde mit Dank angenommen.

Berlin, 17. Oktober 1986

Für den Zentralrat
der FDJ

Eberhard Aurich

Eberhard A u r i c h
1. Sekretär

Für den Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD

Michael Guggemos

Michael G u g g e m o s
Bundesvorsitzender